

sten Gefühle und eure wahren Hoffnungen sind. Die jüngsten Ereignisse haben bestätigt, daß die Völker, die Familien, die Einzelnen den Frieden der Arbeit und der Familie jedem anderen noch so wünschenswerten Reichtum vorziehen. Sie sind bereit, darauf zu verzichten, wenn er allein um den Preis der Tyrannei oder der Gefahr eines Krieges mit seinen Folgen, Trümmern, Verlusten, Gefängnis und Tod zu haben wäre. Im Namen der Religion, der Zivilisation und der echten Menschlichkeit: Schluß mit den illegalen und brutalen Vergeltungsmaßnahmen, den Kriegsplänen, den Vormachtstellungen der Mächte, alles Dingen, die das Erdenleben in einen Abgrund von Angst und Schrecken verwandeln, die Geister erniedrigen und die Früchte der Arbeit und des Fortschritts zunichte machen.

Diese Stimme, die die der Natur ist, muß im Inneren jeder Nation und nach außen hin laut verkündet und von denen gehört und beherzigt werden, denen die Völker die Macht anvertraut haben. Wenn eine öffentliche Autorität, soweit es an ihr liegt, sich nicht bemüht, Leben, Freiheit und Ruhe ihrer Bürger zu sichern, könnte sie was immer sonst erreichen und hätte doch den eigentlichen Kern ihres Daseinszwecks verfehlt.

Doch mehr als jeder andere Alpdruck lastet auf den Seelen das Zeichenhafte der furchtbaren Vorgänge in Ungarn. Die allgemeine spontane Erschütterung der Welt, die auch durch die Ablenkung durch andere ernste Ereignisse nicht gemindert wird, beweist, wie notwendig und dringlich es ist, den Völkern die Freiheit wiederzugeben, die ihrer beraubt sind. Kann die Welt diesen Brüdern gegenüber gleichgültig sein und sie dem Schicksal einer erniedrigenden Sklaverei überlassen? Sicher kann das christliche Gewissen die sittliche Pflicht nicht von sich schütteln, jedes erlaubte Mittel zu versuchen, damit ihre Würde wiederhergestellt und ihnen die Freiheit zurückgegeben wird.

Wir verhehlen Uns nicht, wie verwickelt gegenwärtig die Beziehungen zwischen den Nationen und zwischen den Blöcken sind, zu denen sie gehören. Aber man höre doch auf die Stimme des Gewissens, der Zivilisation, der Brüderlichkeit, man höre auf die Stimme Gottes selber, des Schöpfers und Vaters aller, und stelle, selbst unter schweren Opfern, alle anderen Probleme und jedes Sonderinteresse zurück hinter jenes erste und fundamentale Interesse der Millionen Menschenleben, die in Sklaverei schmachten.

Man kehre so bald wie möglich dazu zurück, die Reihen fester zu schließen und alle — Regierungen und Völker —, deren Wille es ist, daß die Welt den Pfad der Ehre und Würde der Kinder Gottes beschreitet, in einem festen öffentlichen Pakt zusammenzuschließen, einem Pakt, der auch in stande wäre, seine Mitglieder wirksam gegen jeden ungerechten Angriff auf ihre Rechte und ihre Un-

abhängigkeit zu verteidigen. Es wird dann nicht die Schuld der ehrlichen Menschen sein, wenn für den, der sich von diesem Weg entfernt, nur noch die Wüste der Isolierung übrigbleibt. Vielleicht geschieht es, und Wir wünschen es Uns von Herzen, daß der Zusammenhalt der aufrichtig fried- und freiheitsliebenden Nationen ausreichen wird, um diejenigen, die sich den elementarsten Gesetzen des menschlichen Zusammenlebens entziehen und sich dadurch selber des Rechtes berauben, im Namen von Menschlichkeit, Gerechtigkeit und Frieden zu reden, zu milderer Entschlüssen zu führen. An erster Stelle müssen ja ihre eigenen Völker das Bedürfnis fühlen, wieder Teile der menschlichen Familie zu werden, um deren Ehre und Vorteile zu genießen. Schließt euch also alle zusammen für Freiheit und Frieden, geliebte Völker des Ostens und Westens, Glieder der gleichen Menschheitsfamilie! Frieden, Freiheit! Von jetzt ab lassen diese erhabenen Worte keine Zweideutigkeit mehr zu. Sie sind zu ihrer ursprünglichen leuchtenden Bedeutung zurückgekehrt, wie sie immer von Uns aufgefaßt wurde und wie sie den Grundgesetzen der Natur und dem offenkundigen Willen des Schöpfers entspricht. Wiederholt sie, ruft sie laut, setzt sie in die Wirklichkeit um! Eure Staatslenker mögen getreue Interpreten eurer wahren Gefühle, eurer wahren Sehnsucht sein. Gott stehe euch bei, Gott sei eure Stärke!

Gott! Gott! Gott!

Möge dieser unaussprechliche Name, der Quell alles Rechts, aller Gerechtigkeit und Freiheit in den Parlamenten und auf den Plätzen, in den Häusern und Fabriken, auf den Lippen der Intellektuellen und der Arbeiter, in der Presse und im Rundfunk widerhallen. Der Name Gottes, der gleichbedeutend ist mit Frieden und Freiheit, sei das Banner der Menschen guten Willens, das Band der Völker und Nationen, das Zeichen, in dem sich die Brüder und Mitarbeiter am Werk der gemeinsamen Errettung erkennen. Gott möge euch aus der Betäubung aufrütteln, euch aus allen Bindungen an Tyrannen und Kriegstreiber lösen, euer Gewissen erleuchten und euren Willen stärken zum Werk des Wiederaufbaus.

Sein Name möge vor allem in den Gotteshäusern und den Herzen widerhallen als äußerster Anruf des Herrn, damit er mit seiner unendlichen Macht zu vollbringen helfe, was die schwachen menschlichen Kräfte unter so großen Mühen zu erreichen streben.

Mit diesem Gebet, das Wir als erster zu dem Thron seiner Barmherzigkeit emporsenden, verlassen Wir euch, geliebte Söhne, im Vertrauen, daß bald wieder ein klarer Himmel über der Welt und über den sorgenvollen Stirnen leuchtet und daß der so schweren Proben ausgesetzte Friede durchsichtiger, dauerhafter und gerechter daraus hervorgeht.

Die Kirche in den Ländern

Der Umschwung in Polen

Im Augenblick der Drucklegung dieses Heftes lassen sich weder die politischen noch die kirchenpolitischen Auswirkungen der Ereignisse in Polen voll übersehen. Solange das zukünftige Verhältnis dieses Landes zur Sowjetunion voll offener Fragen ist und durch die russische Macht in Polen selbst und an seinen Grenzen bedroht

wird, bleibt das endgültige Schicksal dieses Volkes ungewiß. Und solange die personelle Kräfteverlagerung in der polnischen kommunistischen Partei und ihre ideologischen Wandlungen noch keine fertige Gestalt gefunden haben, kann man auch in bezug auf die Gestaltung des Verhältnisses zur Kirche nur Vermutungen aussprechen, die durch die zukünftigen Entwicklungen leicht widerlegt werden können. Auch Kardinal Wyszyński ließ nach

seiner Befreiung durch sein Sekretariat mitteilen, er hoffe, die Lage der Kirche in Polen werde sich weiterhin bessern. Doch sei es sehr schwer, jetzt schon mehr darüber zu sagen. Der „Osservatore Romano“ und der Vatikanische Sender begrüßten zwar die Heimkehr des Primas von Polen „mit tiefer Genugtuung“. Sie äußerten sich jedoch im übrigen zurückhaltend. Denn es geht nicht allein um das persönliche Schicksal des Kardinals und der Bischöfe, sondern um die Verwirklichung der lebensnotwendigen Freiheit für die Kirche.

Die Wiederkehr Wyszyńskis und der Bischöfe

Die Befreiung des Kardinals von Polen und von fünf oder sechs weiteren Bischöfen, die auf Grund ungestümmter Forderungen des katholischen Volkes, der Studenten und Arbeiter und auf Grund von Interventionen verschiedener politischer Kreise erfolgte, ist für die katholische Welt ein Anlaß zu großer Freude und seitens der Regierung ein bedeutungsvoller Akt der Wiedergutmachung. Der Kardinal wurde nach einem Gespräch mit dem neuen stellvertretenden Justizminister Kliszko am Sonntag, dem 28. Oktober, bedingungslos in Freiheit gesetzt und kehrte am gleichen Tage nach Warschau zurück. Nach seiner Ankunft richtete er an Papst Pius XII. folgendes Telegramm:

„Am Christkönigsfest, dem fünften Jahrestag der Weihe Polens an das Herz Jesu, bin ich nach Warschau zurückgekehrt und habe die Leitung meiner Erzdiözese wieder übernommen. In Treue zur römischen Kirche bringe ich dem Heiligen Vater meine kindlichen Gefühle tiefer Verehrung zum Ausdruck und sage unendlichen Dank für alle Gebete während der Zeit meiner Prüfung und der Gefahr. Zu Füßen Eurer Heiligkeit knie ich nieder und bitte demütig um Ihren Apostolischen Segen für mich selbst, den Klerus und die Gläubigen der Erzdiözese Gnesen und Warschau, für die Hauptstadt meines Landes und für das polnische Volk, das von tiefer Verehrung für die Jungfrau von Jasna Gora, die Königin von Polen, erfüllt ist.“

Papst Pius XII. sandte dem Kardinal umgehend folgende Antwort:

„Ihre Rückkehr auf den erzbischöflichen Stuhl von Gnesen und Warschau, die Sie Uns in Ihrem großmütigen Ergebnisstelegramm mitteilten und die das polnische Volk und alle Katholiken so sehr mit Freude erfüllt, bietet Uns die willkommene Gelegenheit, Gott dem Allmächtigen zu danken und Sie, geliebter Sohn, zu dem Beispiel Ihrer Tapferkeit und unbesiegbaren Stärke zu beglückwünschen, das sie in allen Widerwärtigkeiten gegeben haben. Wir danken Gott in diesem Augenblick durch Unser Gebet für das Zeugnis der Glaubenstreue, das Sie abgelegt haben, und segnen von Herzen Sie selbst, Ihren Klerus und Ihr Volk, die Bischöfe und die Gläubigen des ganzen katholischen Polen. Wir geben der festen Hoffnung Ausdruck, daß Ihre langersehnte Rückkehr für Polen ein Vorzeichen eines kommenden wahren Friedens auf der Grundlage der Gerechtigkeit, der Liebe und der Freiheit für die Kirche sein wird, so wie es ja auch schon durch die diesjährige Weihe an Maria von Jasna Gora, die Königin von Polen, vor dem ganzen polnischen Volk errichtet worden ist.“

Die Hoffnung des Papstes unterstrich der „Osservatore Romano“, wenn er schrieb:

„Wir wollen hoffen, daß die Befreiung des Kardinals

und seine Rückkehr nach Warschau die Abschaffung oder wenigstens eine gründliche Reform jener staatskirchlichen Gesetzgebung vorbereiten möge, die sich zum Ziel gesetzt hatte, die Kirche der Willkür einer ganz offensichtlich von kämpferischem Atheismus erfüllten öffentlichen Gewalt zu unterstellen. Das wäre ein großer Schritt vorwärts.“

„Aber die Zeichen allein genügen nicht. Es bedarf der Taten, ausschließlich der Taten und wiederum der Taten. Es gibt noch sehr viele Opfer zu befreien, Ungerechtigkeiten wiedergutzumachen, Irrtümer zu berichtigen. Es genügt nicht allein die sogenannte Demokratisierung, es genügt nicht der Wechsel in der Führerschicht, es genügt nicht die Befreiung des Kardinals Wyszyński, um uns von der Wiederherstellung der Freiheit der Kirche und damit von der Wiederherstellung aller Freiheit und aller Werte der menschlichen Person zu überzeugen.“ So sagte der vatikanische Sender. Und der „Osservatore Romano“ zog aus dem Ereignis die Bilanz:

„Das polnische Volk hat in diesem Jahr, besonders in den letzten Monaten, seine Gefühle klar bekundet. Die öffentliche Gewalt hat, wie es scheint, jetzt begriffen, daß man 27 Millionen Polen, die nahezu in ihrer Gesamtheit treu katholisch sind, geistig nicht entmachten kann. Diese Männer, diese Frauen, diese Kinder haben den leiblichen Tod der geistigen und sittlichen Versklavung vorgezogen.“

Zusammen mit Kardinal Wyszyński wurden seine beiden Weihbischöfe Baraniak von Warschau und Bernacki von Gnesen freigelassen. Gleichzeitig konnten der Bischof von Kattowitz, Monsignore Adamski, und seine beiden Weihbischöfe Bednorz und Bieniek ihre Ämter wieder übernehmen. Nach jüngsten Meldungen soll auch der frühere Erzbischof von Lemberg und Kapitularvikar von Krakau Baziak wieder nach Krakau zurückgekehrt sein. So ist also jetzt nur noch das Schicksal zweier polnischer Oberhirten ungewiß: des Weihbischofs Rospond von Krakau und des Bischofs Kaczmarek von Kielce. Außerdem befindet sich der deutsche Bischof Splett von Danzig immer noch in polnischem Zangsaufenthalt. Gleichzeitig mit diesen Maßnahmen wird gemeldet, daß drei der von den Kommunisten abgesetzten Apostolischen Administratoren in den deutschen Ostgebieten zu Weihbischöfen ernannt wurden: die Prälaten Kominek für Breslau, Bensch für Danzig und Nowicki für Landsberg a. W. Die Administraturen Ermland und Oppeln sollen ihre bisherigen Verwalter Biskopski und Kobierzycki, dieser Meldung zufolge, behalten.

Mit der Freilassung von Kardinal Wyszyński findet ein dreijähriges schweres und ungerechtes Schicksal seinen Abschluß. Der jetzt 55jährige Primas von Polen wurde 1948 Nachfolger des Kardinals Hlond. Um die Seelsorge zu sichern, unterzeichnete er 1950 den Staatsvertrag mit der Regierung, der wenigstens den Gottesdienst, einen eingeschränkten Unterricht und die katholische Universität Lublin garantieren sollte. 1951 gestattete die Regierung ihm einen Besuch in Rom, bei dem der Erzbischof sich vor allem für die Errichtung der Hierarchie in den deutschen Ostgebieten einsetzen sollte. Da diese Intervention angesichts der grundsätzlichen Haltung des Heiligen Stuhles in solchen Fällen scheitern mußte, begannen unmittelbar nach der Rückkehr des Erzbischofs heftige Angriffe gegen ihn. Ende 1952 wurde Erzbischof Wyszyński zum Kardinal erhoben, konnte aber nicht nach

Rom reisen, da seine Rückkehr nach Warschau nicht gesichert war. Als der Kardinal im Jahre 1953 in einem Memorandum an die Regierung und in Predigten gegen die dauernden Verletzungen des Abkommens von 1950 protestierte, wurde er im Anschluß an den Schauprozeß gegen den Bischof von Kielce am 23. September 1953 von der Regierung abgesetzt und verhaftet (vgl. Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 10). Drei Jahre lang hat man ihn, ohne ihm den Prozeß machen zu können, durch verschiedene Gefängnisse oder Zwangsaufenthalte geschleppt, bis er nun am 28. Oktober still und selbstverständlich sein Amt wieder übernommen hat. Schon mehrmals war ihm seine Freiheit angeboten worden, vorausgesetzt, daß er bestimmte Bedingungen kirchenpolitischer Art erfülle. Der Kardinal hat das immer abgelehnt.

Nach seiner Rückkehr hat Kardinal Wyszyński bereits am folgenden Tage eine Bischofskonferenz abgehalten und Delegationen des Klerus und der Gläubigen seines Bistums empfangen, unter denen, wie gemeldet wird, auch eine Abordnung der „fortschrittlichen Katholiken“ war. Die Gläubigen eilten zu Tausenden vor das Haus ihres Erzbischofs. Und er mußte sich immer wieder dem Volk zeigen, um es zu segnen. Eine seiner kurzen Ansprachen bei dieser Gelegenheit ist uns überliefert:

„Ich freue mich sehr, daß ich wieder zu euch sagen kann: Meine lieben Kinder. Ich habe euch immer so begrüßt, und daran ändert sich auch jetzt nichts. Gott hat mir in den vergangenen Jahren eine schwere Pflicht auferlegt, und ich habe sie erfüllt. Ich danke euch für euer Gebet, während ich fort gewesen bin. Wir alle hoffen, daß jetzt in unserem Leben ein großer, neuer Weg beginnt. Immer wieder siegt das Streben nach Freiheit, Wahrheit und Liebe. Wer die Freiheit liebt, der muß aber auch die Gerechtigkeit lieben vor Gott und den Menschen. Auch unsere Freiheit muß das. Die Kultur des polnischen Volkes gründet auf dem Evangelium. Drei Jahre sind so viel wie nichts. Seid versichert, daß die Kirche euch den guten Weg zeigt, jetzt und alle Zeit. Wir sehen uns in veränderten Verhältnissen wieder. Ich hoffe, daß jetzt ruhige und sichere Zeiten für euch und die Kirche beginnen. Deshalb bitte ich euch sehr, Ruhe zu bewahren. Denn nur in Ruhe kann das äußere und innere Leben sich entfalten. Und nun geht nach Hause. Ich erteile euch allen den Segen mit Liebe und Dankbarkeit als euer Oberhirte.“

Der polnische Kardinal hat es stets peinlich vermieden, sich in politische Fragen einzumischen. Er hat auch seinen Klerus vor politischer Betätigung gewarnt. In der Duldung politischer Mißstände und der kommunistischen gesellschaftlichen Ordnung ist er, wie das Abkommen von 1950 zeigt, im Interesse der Seelsorge zu allen erlaubten Konzessionen bereit gewesen (vgl. Herder-Korrespondenz 4. Jhg., S. 412 ff.). Es ist anzunehmen, daß er auch in Zukunft vor allem um die seelsorglichen Belange bemüht sein wird. Das zeigt sich deutlich in seiner Predigt beim Pontifikalamt am 4. November in der Heilig-Kreuz-Kirche zu Warschau, in der wir seine erste offizielle Äußerung nach der Freilassung zu erblicken haben.

Die Predigt Kardinal Wyszyńskis am 4. November

Der Kardinal sagte:

„Geliebte Kinder im Herrn, meine teuersten Kinder!

Mit meiner kanonischen Visitation bei euch habe ich mich ein wenig verspätet, nur etwas über drei Jahre. Verzeiht

mir, es ist mir zum ersten Male widerfahren. Ich glaube, ich brauche die Gründe hierfür nicht anzuführen. Wir verstehen einander gut. Ich möchte euch nur versichern, daß ich die Zeit, welche die göttliche Vorsehung mir vorbehalten hat, nicht verloren habe. Ich bin heute auf diese Kanzel zurückgekehrt, die zu erreichen mir vor drei Jahren nicht gelang, um die Arbeit, die man mir damals unterbrach, ruhig weiterzuführen.

Ich grüße euch also, meine Kinder, mit väterlichem Herzen und dem Herzen eines Primas. Ich bin euch dankbar für eure seelische Gegenwart bei mir, für eure heiße christliche Liebe, für das volle Vertrauen zu mir, das ihr mir die ganze Zeit dieser Dunkelheit hindurch erwiesen habt. Diese Dunkelheit hat sich in lichte Helle verwandelt, und so sind wir erneut zusammen, und Gott wird erlauben, daß wir die Arbeit weiterführen, zu der wir berufen sind.

Gestern habe ich meine Arbeit und euch alle, meine Kinder, auf Jasna Gora [Tschenstochau] der allerseligsten Jungfrau Maria aufgeopfert, unserer Mutter und meiner besonderen Schutzpatronin, der gegenüber ich in tiefe Schuld geraten bin und deren mütterliche Nähe und wunderbaren Schutz ich die ganze Zeit über gefühlt habe. Ich kann sagen, ich verdanke es ihr, daß mir kein Haar auf dem Kopfe gekrümmt wurde. Ich habe es deswegen als meine erste Pflicht angesehen, vor ihr zu erscheinen und ihr in eigenem und eurem Namen in Dankbarkeit zu huldigen, ihr mütterliches Lächeln für uns alle zu erhalten und es euch allen, Kinder Gottes, hierher zu bringen.

Die Liturgie des heutigen Sonntags, des 24. nach Pfingsten, gibt uns zwei Bilder. Ein Bild des Sturmes auf dem Meere und ein zweites Bild der Ordnung, des Rechtes und der Liebe. Diese beiden Bilder beleuchten einander in wunderbarer Weise. Beide bilden eine herrliche Ganzheit, die uns zu Überlegungen dienen soll, die wir gemeinsam anstellen wollen.

Geliebte Kinder! Als der Apostel der Völker, der hl. Paulus, an die Römer schrieb, an die vom Heidentum bekehrten Christen, da hielt er ihnen dieses herrliche Bild vor, das Bild des Dienstes, des Nächstendienstes, des christlichen Dienstes, des Dienstes an der Gemeinschaft. Und er wollte dieses Bild in den synthetischen Gedankenwurf zusammenfassen: Bleibt niemandem etwas schuldig! Eigentlich alles, was wir dem Nächsten schuldig sind, ist in jenem Wort enthalten: Liebet einander. Dieses herrliche Bild kann sofort jene Unruhe in richtiger Weise beleuchten, welche das Bild des Evangeliums entstehen lassen kann, jenen heftigen Sturm, jenen Sturm, welcher die Jünger Christi so in Furcht versetzt hat, obwohl Er unter ihnen weilte, und um so mehr in Furcht versetzt hat, als Er, der Meister, schlief. Vorzeitig weckten sie ihn auf. Sie hätten vertrauen können, auch wenn er schlief; wie wir, auch wenn er nicht unter uns ist. Wo war ein Grund zur Furcht? Sie verdienten also den kleinen Vorwurf: Warum seid ihr furchtsam und kleingläubig? Aber sofort steht Christus auf und schreitet zur Tat, und befiehlt den Winden und dem Meer, und es entsteht eine große Ruhe. Das sind zwei Bilder.

Im Introitus der heutigen Messe legt die Kirche in den Mund der Chöre und der Priester die herrlichen Worte, die Jeremias sprach, als er seine Angehörigen, Töchter und Söhne, rief, die man von Jerusalem nach Babylon gebracht hatte, als Gott ihn zum Volk schickte, um ihm Mut zu machen, weil es schien, es hätte die Hände sinken las-

Warum Sozialreform?

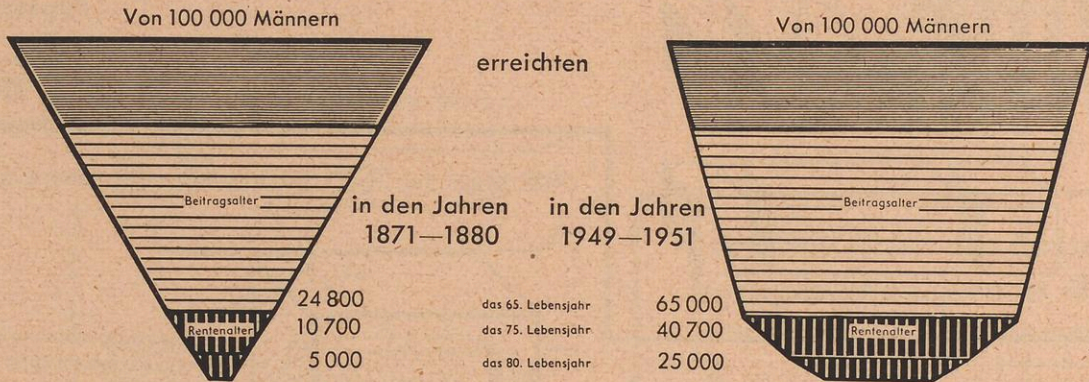
Unsere Daseinsformen haben sich in den letzten 150 Jahren entscheidend gewandelt. Die Arbeit als Grundlage der Daseinsfristung wurde aus dem Haushalt

herausgelöst, die lebensnotwendigen Güter in Betrieben erzeugt und auf den Markt gebracht. Die Menschen in den Städten verloren den Kontakt zu Haus und Boden.

Damit wurde eine Reihe *kollektiver Hilfen* für den einzelnen notwendig, um ihn vor Not zu schützen. Die deutsche Sozialgesetzgebung seit 1881 hat diese

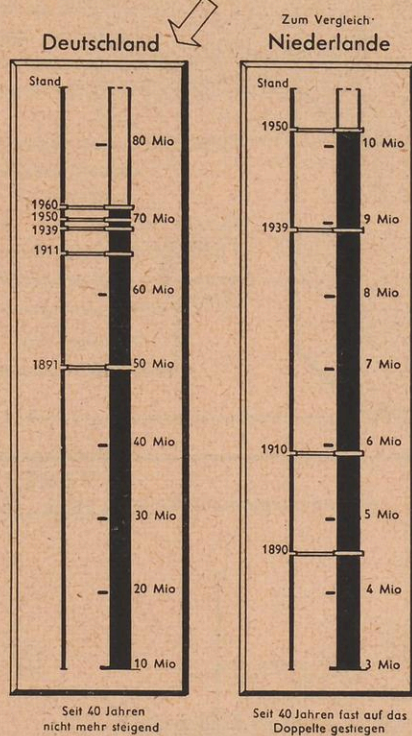
Hilfen bei Krankheit, Invalidität, Unfall, im Alter und bei allgemeiner Unterhaltsbedürftigkeit organisiert. Seitdem hat sich die soziale Situation erneut gewandelt.

1. Die Lebenserwartung ist gestiegen



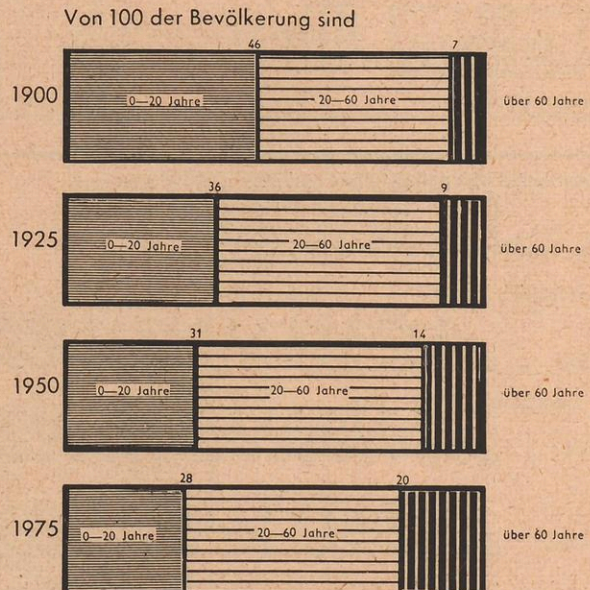
Heute erreichen 4-5 mal soviel Menschen ein hohes Alter als vor achtzig Jahren

2. Bei stationärer Bevölkerungszahl



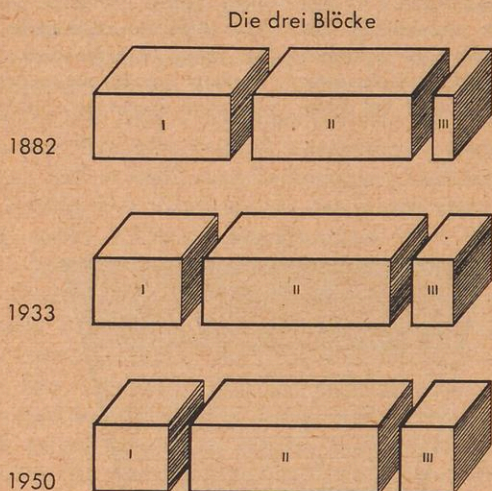
bleibt die Mittelgruppe der Aktivbevölkerung gleich stark, nimmt die Jungenschicht ab, nimmt die Alterschicht fast auf das Dreifache zu

Altersaufbau in Deutschland



Bevölkerungswachstumsmesser

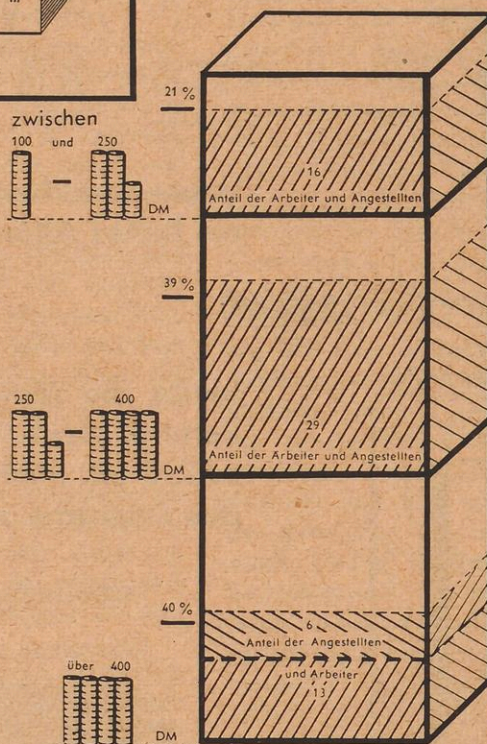
3. Immer mehr Menschen werden Arbeiter und Angestellte, diese Gruppe bestimmt mit ihrem Einkommen den allgemeinen Lebensstandard.



der I. selbständigen Bauern, Handwerker, Kaufleute und sonstigen im Haushalt Mittätigen samt ihren Familien
 II. Arbeiter, Angestellten und Beamten in unabhängiger Arbeit außerhalb des Haushaltes samt ihren Familien
 III. Personen ohne Erwerbstätigkeit (Rentner) samt ihren Familien

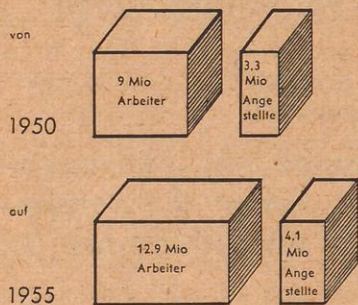
zeigen das stetige Zunehmen von II und III

1950 liegen von 11 791 000 haushaltfundierenden Einkommen

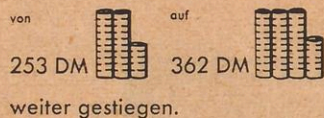


Nach der Einkommenssteuerstatistik hatten 1950
 6 919 000 Arbeiter und Angestellte ein Einkommen unter 250 DM
 5 068 400 Arbeiter und Angestellte waren unter 25 Jahre alt
 2 491 000 der Einkommensbezieher dieser Gruppe waren ledig (Steuergruppe 1)
 1 430 000 waren verheiratet ohne Kinder (Steuergruppe 2)
 Mithin hatten nur rund 1 850 000 aus ihrem Einkommen einen eigenen Haushalt zu bestreiten.

Seit 1950 ist die Zahl der Arbeiter und Angestellten



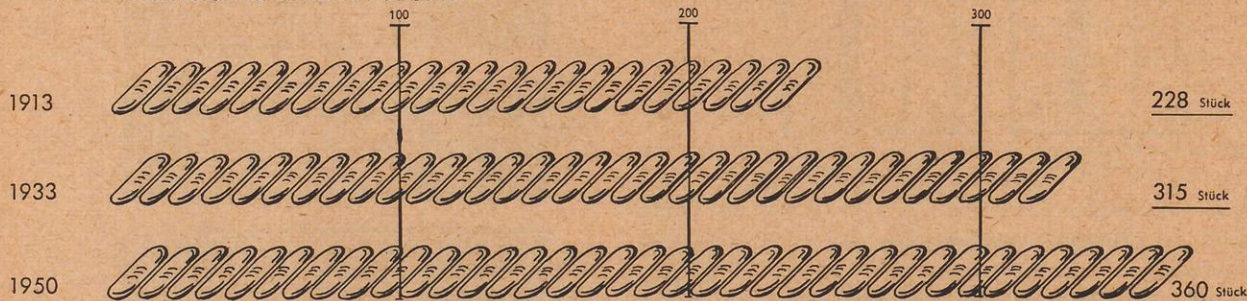
und das Durchschnittseinkommen



Der Anteil der Arbeiter am Sozialprodukt ist gestiegen

(vgl. Soziographische Beilage, Nr. 5, 1956)

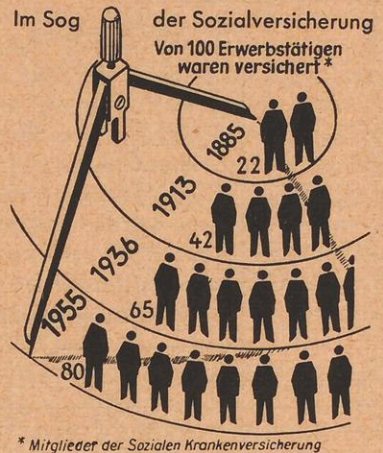
Für einen Monatsverdienst konnte ein Arbeiter



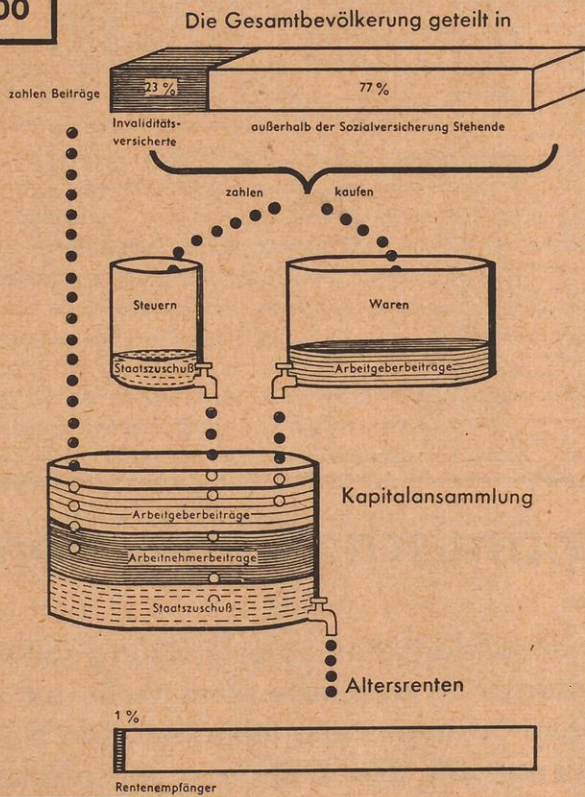
3-Pfünder Brotlaibe kaufen

Altes und neues System der Altersrenten

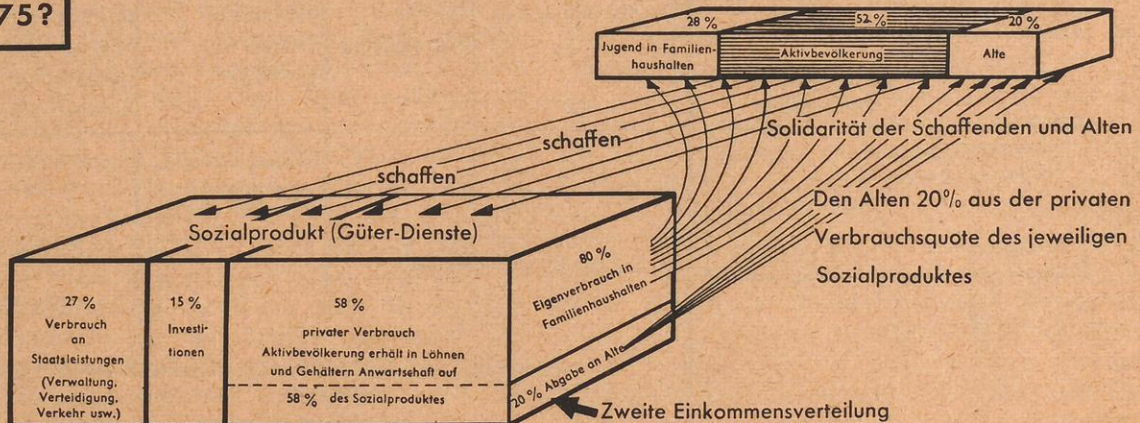
Das derzeitige System der Altersrenten, des wichtigsten Teiles der sozialen Hilfen, beruht auf einer Kombination von Selbsthilfe und Fremdhilfe. Es setzt voraus, dass einer kleinen Minderheit von Hilfsbedürftigen eine wesentliche Mehrheit von zur Hilfe Fähigen gegenübersteht



1900



1975?



Die Praxis heute

Jahr	Lebensereignis	Monatslohn	Invalidenvers. Monatsbeitrag
1890	* Geburt		
91			
92	I. Leben des Herrn Meyer		
93			
94			
95			
96			
97			
98			
99			
1900			
01			
02			
03			
04			
05	Lehre		
06			
07			
08	Beginn des Beitragsalters	81,50	1,29
09		83,60	1,29
10		86,50	1,29
11		89,80	1,29
12	Militärzeit		
13			
14	erster Weltkrieg		
15			
16			
17			
18			
19	Heirat	161,10	2,16
20		299,—	4,01
21	1 Kind	800,40	12,12
22	Inflation		
23			
24	2 Kind		
25		98,80	3,46
26		117,70	4,54
27		131,40	6,06
28		139,70	6,92
29		158,90	8,66
30		169,40	8,66
1930	Wirtschaftskrise	166,20	8,66
31		154,20	7,79
32		132,10	7,79
33		126,70	6,49
34		128,50	6,49
35	1. Kind schulentlassen	135,80	7,79
36		143,—	7,79
37		148,80	7,79
38	zweites Kind	156,—	9,09
39	zweiter schulentlassen	167,60	9,09
1940	Weltkrieg	172,70	9,09
41		183,90	10,39
42		185,30	10,37
43		186,10	10,37
44	Volkssturm		
45			
46		151,30	8,47
47		155,30	8,69
48	Währungsreform	177,70	9,95
49		227,30	12,72
1950		253,60	12,72
51		286,70	14,37
52		308,80	15,44
53		325,40	16,27
54		339,60	16,98
55		362,—	20,—
56	Altersgrenze		
57			
58	Rente auf 15 Jahre	157,60 DM	monatlich
59			
1960			
61			
62			
63			
64			
65			
66			
67			
68			
69			
1970			
71	† Tod		

Lebenseinkommen ca. 73000 Mark
Für das Alter angesammelt
ca. 7200 Mark
Rentensumme: 28 368 DM

Jahr	Lebensereignis	Monatslohn
1920	* Geburt	
21		
22	II. Der Invalide Müller	
23		
24		
25		
26		
27		
28		
29		
1930		
31		
32		
33		
34	Lehre	43,30
35		51,96
36		64,95
37	Geselle	202,—
38		202,—
39		202,—
1940	Soldat	
41		
42	Heirat	
43		
44		
45	Kind Arbeiter	241,31
46		241,31
47		241,31
48		241,31
49		258,24
1950		329,08
51		351,59
52		390,52
53		394,64
54		433,—
55	Autounfall Krankengeld	216,30
56	Rente	128,10
57		"
58		"

Die Rente des mit 34 Jahren durch Autounfall invalide gewordenen Metallarbeiters Müller beträgt **128,10 DM**

d.h. weniger als ein Drittel seines letzten Verdienstes. Davon soll er mit Frau und Kind existieren.

Rein versicherungsmäßig würde sich ergeben:

Steigerungsbeträge
1. 4. 43 bis 31. 3. 46 258,96 DM

Steigerungsbeträge
1. 4. 46 bis 31. 3. 54
3132,84 DM Einkommen × 1,2% 381,99 DM

ergibt 640,95 DM : 12

= eine monatliche Rente von 53,41 DM

Der Staat schießt zu:

Grundbetrag 12 18,00 DM
Kinderzuschlag 20,00 DM
aus 4 verschied. Anpassungsgesetzen 36,69 DM

= 74,69 DM

Dynamische Rentenformel

In einer solidarischen Sozialordnung soll der alte Mensch in ausreichendem Maße am jeweiligen Sozialprodukt teilhaben. Die Höhe der Rente soll den Beiträgen entsprechen, die der einzelne während des Arbeitslebens für die Renten anderer geleistet hat.

Diese Grundsätze sind in folgender Rentenformel verwirklicht:

Steigerungsbetrag	Zahl der Beitragsjahre	Individuelle Bemessungsgrundlage	Durchschnittliches Einkommen der Leistungsgemeinschaft in den letzten 3 Jahren
Von der Regierung vorgeschlagen: 1,5%			
Vom Gesetzgeber bestimmt aus der Sicht auf Leistungskraft der Gemeinschaft		= Abweichungen vom jeweiligen Durchschnittseinkommen der Leistungsgemeinschaft.	wird alle 3—5 Jahre neu festgestellt.
ergibt für Herrn Meyer:			
0,015	x 44	x 1,0	x 342,33

eine Altersrente von ca. 226 DM = 62,4% seines letzten Einkommens

sen, sie seien dem Volk in Untätigkeit erstarrt in irgendeiner Erwartung von etwas Unbekanntem. Und da das Volk weder Häuser bauen noch das Recht wiederherstellen wollte, ruft der Prophet ihm zu: Baut euch eure Häuser, arbeitet, vereinigt euch in Familien und gebt dem Volke neue Söhne. Er stärkte den Geist, als wenn er sagen wollte: Warum steht ihr nutzlos herum? Im Auftrag Gottes selbst, des Herrn der Zeit, des Herrn der Jahrhunderte und der Stunden, ruft er ihnen zu: Ich denke Gedanken des Friedens und nicht des Verderbens. Und ich, geliebte Kinder, wenn man diesen Vergleich ziehen darf, ich will euch auch sagen: Ich hege Gedanken des Friedens. Und ich möchte diese beiden Fragmente, diese beiden Bilder des Sturms auf dem Meere und der Ordnung des Rechtes und der Liebe beleuchten, eben im Sinne dieser Jeremiasworte: Ich hege Gedanken des Friedens!“

Der Kardinal sprach dann von dem „seltsamen Widerspruch zwischen Recht und Liebe“ in den Gedanken eines jeden Menschen und in der ganzen Welt. Dieser Zwispalt erfülle heute alle Institutionen, herrsche in den Familien, dem Gemeinschaftsleben und Wirtschaftsleben.

„Es besteht eine fieberhafte Rechtstätigkeit verschiedenster öffentlicher Institutionen, die all dem eine enorme Bedeutung beimessen, was durch eine Rechtsvorschrift genormt ist, andererseits aber, obwohl sich die Rechtsvorschriften mehren und die Bibliotheken mit Bergen von Rechtskodizes angefüllt werden, sehen wir so häufig die ganze Ohnmacht, die ganze seltsame Ohnmacht des Rechtes, dem es nicht gelungen ist, mit den elementarsten Erscheinungen des persönlichen oder gemeinschaftlichen Lebens fertig zu werden. Trotz des Anwachsens und der Entwicklung nistet überall irgendein Wurm, der das menschliche Leben von innen her anfrisst...“

„Wir haben den Wert des Rechtes überschätzt, wir haben ihn überschätzt, wissen wir doch, daß die hervorragendsten Professoren der Rechte, wie wir dies erkennen können an den jüngst in Polen veröffentlichten Memoiren eines der Aggressoren unseres Vaterlandes, daß die hervorragendsten Professoren des Rechts dem Unrecht huldigen können. Der Wurm der Rechtlosigkeit reicht also unerhört tief hinein in den Strom des gegenwärtigen menschlichen Lebens. Der extremste Ausdruck hierfür sind die Konzentrationslager und alle anderen Orte der Pein und Qual gewesen, wo man im Rahmen des Rechts oft den einfachen Bürger gepeinigt hat. Und trotzdem, und trotz alledem herrscht ein herrlicher Wille des Rechtes, und diesen Willen des Rechtes unterstreicht der Apostel selbst, als er sich in Gedanken auf den Berg Sinai stellt und dort, wie die Grundsteine aller Bauten, aus den Herzen die Felsen herausreißt und an das ewige Recht erinnert: Du sollst nicht ehebrechen, du sollst nicht töten, du sollst nicht stehlen, du sollst kein falsches Zeugnis ablegen, du sollst nicht begehren. Auf uns stürzt so mit seltsamer Gewalt dieser Orkan der ungewöhnlichen Macht des Willens, alles auf das Recht zu stützen, alles im Recht zu ordnen, hernieder. Trotzdem, so zeigt es sich, sind diese Mächte häufig trügerisch, denn es ist bekannt, daß der Mensch jedes Recht vergewaltigen kann, und selbst als man die Rechtsordnung durch eine nicht so sehr persönlich individuelle, als vielmehr eine gemeinschaftliche Motivierung im Namen des gemeinschaftlichen Heils retten wollte, zeigte sich, daß auch diese Motivierung nicht ausreicht. Und hier kommt der Apostel zu

Hilfe, wenn er ein neues Motiv aufwirft, welches die Rechtsordnung in der Welt aufrechterhalten soll. Dieses neue Motiv lautet: Du sollst den Nächsten lieben wie dich selbst. Die Nächstenliebe tut nichts Schlechtes, die Liebe ist die Ergänzung des Rechtes. Liebe und Recht, entweder eines oder das andere, das ist, meine Lieben, ein rein akademischer Widerspruch, während es im Leben wahrhaftig so ist, daß wir nicht in der Lage sind, das allerkleinste Recht des allerkleinsten der kleinsten Kinder Gottes zu achten und zu schonen, wenn uns in unserer Sorge, das Recht zu erhalten, die Liebe nicht begleitet. Und wenn wir dies festgestellt haben, so genügt es, uns in die verschiedensten Gebiete des menschlichen Lebens zu begeben, um uns zu überzeugen, wie überall diese Macht der Liebe notwendig ist, um die Rechtsordnung, die persönliche und gemeinschaftliche, zu bewahren und zu retten...“

Das zwanzigste Jahrhundert sei voller „schrecklicher Schandflecken und so gewaltiger Schatten“, fuhr der Kardinal fort. Es sei eine „Niederlage, die den stolzesten Menschen ohrfeigt“. Man denke nur an all die „ungeheuerlichen Institutionen“ „als Mittel zum Regieren des Bürgers in vielen Staaten“, die zu nennen schon „die Schamröte ins Gesicht treibt“. Getroffen wurde von ihnen — trotz aller Erklärungen von Menschenrecht und Bürgerrecht — der Mensch, der „einfache, ruhige Bürger“, dem „es vor allem darum geht, durch persönliche Arbeit, durch redliche und ehrliche Arbeit zum Wohl der Gemeinschaft beizutragen“. Die Qual, die der Mensch erlitten hat, „beginnt nun aus dem Untergrund herauszukommen, aus dem Untergrund der Seele, und beginnt zu rufen, zu rufen mit lauter Stimme, zu rufen nach dem Recht des Menschen auf Wahrheit, nach dem Recht auf Freiheit, nach dem Recht auf Gerechtigkeit, nach dem Recht auf Liebe. Es ist dies ein allgemeines Rufen, es ist ein so verbreitetes Rufen, daß der moderne Mensch fast bereit ist, allen Hunger und alle Qualen zu ertragen und durchzustehen, wenn er nur fühlen könnte, daß sein heiliges Recht geachtet wird...“

Der Kardinal zeigte diese Not des heutigen Menschen am Beispiel der Familie: „Niemals ist das Familienleben, das Eheleben so wie in unserem Jahrhundert in so vielen Rechtskodizes genauestens beschrieben worden, und es sollte scheinen, es ist alles genormt, es gibt keine Unklarheiten. In Wirklichkeit ist trotzdem das wesentlichste Recht, das Recht auf familiäre Einheit, so häufig vergewaltigt worden. Mehr noch als dieses Recht auf die Familieneinheit verletzte man sogar das Recht, das mit dem Leben der Familie in so enger Verbindung steht, das aus der Familie herauswächst, das Recht auf das Leben. Geliebte, wir berühren hier ein unerhört schmerzliches, aber unerhört dringendes Problem...“

„Es scheint uns, daß dieses Land genügend seelische Kraft besitzt, um mit diesem schrecklichen Schandfleck, der auf die Rechts- und Geisteskultur gefallen ist, wirksam fertig zu werden und durch alle Frauen dieses Landes zu antworten, wir sind Mütter des Lebens und nicht Mütter des Todes. Und mögen die Frauen dieses Landes dem Volk sagen: Schaut auf uns weiterhin als auf Gebärerinnen des Lebens. Und wir wollen die Dinge so sehen, denn wir sind der Meinung, daß hiervon die Existenz und die Zukunft des Volkes, des Landes abhängen. Wenn also auch auf diesem Abschnitt des Familienlebens das Recht die Prüfung nicht bestanden hat, dann muß eine andere Kraft

kommen, welche die Menschen guten Willens unterstützt und die sagt, die Nächstenliebe tut nichts Schlechtes, nicht den eigenen Kindern und auch nicht jenen, die man noch unter dem Herzen trägt... Wir wissen, daß sich der wahrhafte Fortschritt nicht dazu wendet, zu töten, sondern Leben zu geben. Und wenn auch irgend jemand auf irgendeine persönliche oder wirtschaftliche Rücksicht hinwies, so wissen wir, daß man das Leben und den Wirtschaftsprozeß so gestalten muß, daß dieser Wirtschaftsprozeß nicht das vernichtet, was wesentlich ist, das Recht des menschlichen Lebens. Der Mensch, der dem Lande geboren wird, besitzt einen größeren Wert als eine neugebaute Fabrik...“

Ähnliches gelte auch im modernen Arbeitsleben. „... Während die Arbeitsgesetzgebung anstieg, hat der Mensch so häufig gefühlt, daß er nicht einmal das Recht zu den grundsätzlichen Dingen, zu den einfachsten Mitteln, das Recht zum Leben hatte. Und hier muß die Liebe wieder die Oberhand über das Recht gewinnen. Das Recht ergänzen muß vor allem der Sieg der Liebe auf dem Gebiet der Organisation des Wirtschaftslebens. Und man muß den Primat der Liebe des Menschen über den Stoff verkünden. Man muß den Menschen mehr lieben als die Maschine, als den Traktor, als die Fabrik, als das angehäuften Wirtschaftsgut, denn all dies ist für den Menschen bestimmt und notwendig, und man muß dem Menschen den Vorrang lassen, dem dies alles zu Recht gehört. Und in dieser Hinsicht, Geliebte, in diesem gerechten Streben zum gesellschaftlichen Fortschritt führt euch der Geist des Evangeliums, denn der Geist des Evangeliums ist der Sauerteig, jener Sauerteig, welcher für jeden gesellschaftlichen Fortschritt die Grundlage bildet. Und man muß daran erinnern und die Wahrheit anerkennen, daß es eine katholische Gesellschaftswissenschaft gibt, welche alle modernen Anstrengungen der Gemeinschaft unterstützt, und daß die Liebe im Arbeitsrecht herrschen soll. Denn nur um diesen Preis wird ein vollständiger gesellschaftlicher Friede eintreten. Man kann von einem gesellschaftlichen Frieden nicht reden, selbst wenn ganze Berge von Gesetzen, Arbeitskodizes bestehen würden, wenn nicht auch jene mächtige und herrliche Kraft, wie sie die Liebe zur Gemeinschaft ist, Einzug in das Gemeinschaftsleben, in das Arbeitsleben, in das Wirtschaftsleben hält. Und auch hier ist vor allen Dingen die Liebe die Erfüllung des Gesetzes, die Erfüllung und die Ausfüllung der Arbeitskodizes.

Meine Lieben, man kann einen Schritt weiter tun und fragen, ob man nicht auch auf dem Abschnitt des religiösen, kirchlichen Lebens ein solches Herangehen an die Gesetze und Vorschriften mit Liebe erwarten könnte... Und ein Ausdruck dieses Verständnisses, das sich besonders in den letzten Tagen immer mehr verstärkt und immer wacher wird, ist das, daß ich euch sagen kann, daß schon im gegenwärtigen Moment fünf Bischöfe, die man aus ihrer Arbeit weggeholt hatte, in ihre Bischofssitze zurückkehren konnten. Darunter unser Gnesener Weihbischof und unser nächster Mitarbeiter im Sekretariat des Primas von Polen, der in Gefängnissen sehr gepeinigt und an seiner Gesundheit ruinierte Bischof Antoni Baraniak, daß auch der verdiente schlesische Bischof Adamski und seine schlesischen Mitbrüder, die Bischöfe Bednorz und Bieniek, zurückkehren konnten. Diese erfreulichen Zeichen der letzten Tage geben uns den Beweis, daß man in unserer Gesellschaft und in den leitenden Kreisen be-

griffen hat, wie höchst wichtig für das Volk der religiöse Friede ist. Und das gibt uns für die Zukunft die Hoffnung, daß diese Arbeit der Kirche immer mehr geachtet werden wird und daß sie immer vollkommener ihre Früchte für den inneren Zusammenschluß und die Vereinigung aller in Liebe hervorbringen kann.

Geliebte, wenn ich mich dem Ende meiner Erwägungen nähere, so kann ich nicht umhin, mit einem Blick noch einen wichtigen Abschnitt des Gesellschaftslebens zu streifen. Wenn die Liebe zum Leben des Volkes, der Dienst am Vaterland nur nach dem Maßstab der Rechtstitel bemessen wird, werden sie noch nicht die vollen Früchte bringen. Bestehen muß ebenfalls die Liebe zur Gemeinschaft und die Liebe zur Einheit. Die Liebe, um es so auszudrücken, nicht so sehr zu dem, was unser ist, nicht zu dem, was uns unser persönliches Recht sicherstellt, sondern die Liebe zur Republik, zum Gemeinschaftswohl. Und wir befinden uns in einem solchen Zeitabschnitt, der ungeheuerlich schwer ist für unser Volksleben, in welchem man zumindest noch eine Zeitlang weniger von unseren eigenen Rechten, dagegen mehr von unseren Pflichten sprechen muß, und zwar auf Grund der großen Liebe zu der Republik, der Liebe, die so berühmt geworden ist und die unser Nationaldichter Piotra Skarge in den Zeiten der Könige so wunderbar geschildert hat. Mit der Macht dieser Liebe müssen wir den persönlichen Individualismus besiegen, der unserem Volk so zu eigen ist, und den Gruppenindividualismus, wir müssen ihn besiegen mit der Macht der Liebe, die wir immer opferbereit in uns für unser Vaterland entzünden müssen.

Und wenn ihr fragen würdet, welche Art Liebe heute notwendig ist, so würde ich sagen, man braucht heute, Geliebte, nicht so sehr den Heldentod aus Liebe wie heldenhafte Arbeit aus Liebe zu unserem Vaterland. Und ich möchte, Geliebte, daß dies in die Seele jedes einzelnen von euch als ein guter Samen einsinken möge, der unseren Zeiten eine hundertfache Frucht bringen muß; nur das wird eine Frucht sein, was dem Frieden dient. Und ich wiederhole, wir sind bekannt dafür, daß wir uns aufopfern und das Leben hingeben können. Die Polen können herrlich sterben, aber, Geliebte, es ist notwendig, daß die Polen herrlich arbeiten können. Man stirbt einmal, und der Mensch erwirbt schnell Ruhm, aber in Schwierigkeiten, in Qual, in Schmerz und Leid lebt man lange Jahre, und das ist größeres Heldentum. Und ein solches größeres Heldentum ist unserer Zeit vonnöten, eben an diesem so gewichtigen Tage der vollen Unruhe, des wirklichen Sturms auf dem Meere.

In dieser Periode und in diesen Zeiten, Geliebte, muß sich dieses Volk in der vollen Reife dieser hohen Kultur und seiner hohen geistigen Entwicklung aufraffen zum Heldentum und zur Liebe zur Arbeit, zum Wohle des Vaterlandes.

Ich schließe, geliebte Kinder. Die Linie der verschiedenen Werte und der Macht des kollektiven Lebens verfolgend, muß ich für jeden Bereich dieses kollektiven Lebens unterstreichen, daß die Liebe die Erfüllung des Rechts, die Erfüllung des Gesetzes ist. Ich sehe noch das friedliche Lächeln unserer Mutter, die ich drei Jahre lang nicht gesehen habe [der Schwarzen Madonna von Tschestochau]. Sie ist die Herrin unseres wirtschaftlichen und unseres nationalen Lebens. Wir haben uns am 26. August unter ihren besonderen Schutz gestellt. Rufen wir ihr zu, der Mutter der wunderbaren Liebe, und bitten wir sie

darum, daß sie mit dieser Liebe alle Orte in Polen erfüllt. Dies hat euch euer Primas heute zu sagen. Ich habe mehr zu sagen, aber für alles wird die Zeit kommen. Ich möchte, daß ihr das eine mit euch nehmt: Die Liebe ist die Erfüllung des Rechtes. Amen.“

Wie aus Warschau verlautet, ist die Einsetzung einer gemischten Kommission, die die Probleme des zukünftigen Verhältnisses zwischen Staat und Kirche in Polen prüfen und lösen soll, bereits vollzogen oder wenigstens verabredet worden. Kardinal Wyszyński soll dem Parteisekretär Gomulka zugesichert haben, daß die Kirche den Gläubigen von der Bildung einer eigenen christlichen Partei abraten werde. Andererseits soll eine allgemeine Zusicherung der Wiederherstellung der Freiheit für alle kirchlichen Tätigkeiten und gewisser kirchlicher Rechte in bezug auf das konfiszierte Eigentum gegeben worden sein.

Zur Vorgeschichte des Umschwungs

Die Vorgeschichte des Umschwungs in Polen beginnt mit dem 20. Kongreß der Kommunistischen Partei der Sowjetunion im März dieses Jahres, der die Entstalinisierung einleitete. Am 21. März starb in Moskau — ein merkwürdiger Zufall — der Erste Sekretär der polnischen Kommunistischen Partei, Boleslaw Bierut. Bierut hatte 1948 Gomulka in dieser Stellung abgelöst und die Gleichschaltung des polnischen Kommunismus vollzogen. Sein Tod im Frühjahr dieses Jahres erleichterte und beschleunigte den Aufbruch eines neuen oder vielmehr des alten nationalen Geistes im polnischen Kommunismus.

Dieser Aufbruch machte sich kurz nach dem Parteikongreß zunächst unter den polnischen Intellektuellen bemerkbar und breitete sich im Laufe der Monate wie eine Lawine über Polen aus. Die von Moskau befohlene Abkehr vom Stalinismus gab den polnischen marxistischen und nichtmarxistischen Publizisten die parteiamtliche Rechtfertigung für den Versuch, ihrem tiefen Unmut Luft zu machen. Es entstand eine Diskussion, die in der polnischen Presse die Bezeichnung einer „gesamtnationalen Diskussion“ erhielt. Den Auftakt dazu gab ein Leitartikel des Zentralorgans der „Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei“, der „Trybuna Ludu“, der noch im Rahmen der Moskauer Richtlinien den Personenkult kritisierte. Am 26. März erschien in dem gleichen Blatt ein weiterer Aufsatz von Jerzy Morawski, einem Mitglied des Sekretariats des Zentralkomitees, der sich schon sehr viel deutlicher äußerte. Morawski schrieb:

„Der Personenkult ist auch im Leben unseres Landes tief verwurzelt. Hartherziger, seelenloser Bürokratismus, Unterdrückung der Kritik, Mißachtung der Bedürfnisse und Meinungen der Menschen sind nur einige der Erscheinungen, die in der Atmosphäre der Prinzipien der innerparteilichen Demokratie gedeihen konnten.“ Er beklagte als Auswirkung dieser Atmosphäre fehlende Selbständigkeit und Initiative, Heuchelei und Vertuschung der Wahrheit, brutales Kommandieren von oben nach unten und würdeloses Verhalten von unten nach oben.

In der Folge wandte sich die Diskussion immer mehr den konkreten Problemen Polens zu und forderte einen radikalen Bruch mit der Vergangenheit. Es müsse ein völlig neuer Geist in das öffentliche Leben Einzug halten. In der theoretischen Parteizeitschrift forderte der alte Kommunist Roman Jurys: „Das wichtigste ist, daß das politische und wirtschaftliche Leben in voller Offenheit sich abspielt. Der Schatten des Geheimnisses hat sich als ein

schädlicher Schatten erwiesen; denn in ihm wurden Verbrechen gegen die Partei und das Volk begangen. Wir brauchen einen freien Gedankenaustausch ohne jene Atmosphäre, in der man von den Andersdenkenden behauptet, sie stünden unter einem feindlichen Einfluß oder sie verträten einen faulen Liberalismus oder eine Abweichung.“ Diese Bemerkung ist vielleicht von großer Bedeutung, wenn man die Einstellung der heutigen Führer Polens gegenüber der nichtkommunistischen Intelligenz und Bevölkerung verstehen will.

Besonders heftig und richtungweisend wurde die Kritik zum erstenmal in mündlicher Form auf der 19. Tagung des Kultur- und Kunstrates am 24./25. März in Warschau. Die Debatte griff sehr schnell von der Frage der Freiheit der Kunst und Literatur auf die allgemeine Kulturpolitik und Politik und schließlich sogar auf die Ideologie über. Bei dieser Gelegenheit prägte Wladyslaw Bienkowski, ein früherer enger Mitarbeiter Gomulkas, den berühmt gewordenen Ausdruck von der „zweiten Revolution“:

„Wir müssen uns im klaren sein, daß wir Zeugen von Erscheinungen sind, die man als eine Revolution von gewaltigem Umfang bezeichnen muß, eine Revolution, die in dieser Skala das erste Ereignis nach dem großen Oktober ist. Diese Revolution hat eine ganze Reihe von neuen Merkmalen.“ Seit Lenin hätten sich in der Welt gewaltige Umwälzungen vollzogen, die auch der genialste Marxist nicht voraussehen konnte. Die historischen Bedingungen der Oktoberrevolution von 1917 hätten einen großen Einfluß auf die Gestaltung der führenden Kräfte des sowjetischen Systems gehabt, das zum „Typ eines Kriegskommunismus“ geworden sei. Dieser Typ habe die Entwicklung des wahren Sozialismus gehindert.

„... Wir sind Zeugen einer Revolution, und es erfüllt uns alle eine tiefe Ergriffenheit, weil wir die mit Füßen getretene Würde des Marxismus wiederherstellen. Der Marxismus wurde in einer unzulässigen Weise kompromittiert. Und ich denke, daß die Befreiung des Marxismus aus dem Käfig mit eisernen Gittern in diesem Augenblick das wichtigste ist. Ich fürchte aber, daß sich Menschen finden werden, die die Revolution wieder hinter Gittern einzusperren versuchen. Aber wir intellektuellen Menschen müssen auf die Barrikaden gehen und die Revolution verteidigen...“, denn Marxismus ist keine Etappenwissenschaft, sondern eine Weltanschauung, die in ihrer fundamentalen Grundlage keine Lüge kennt.“

Von dieser Tagung der geistigen Führungsschicht des polnischen Kommunismus ging, zur Besorgnis der politischen Führung, eine erregende Wirkung in die Breite und Tiefe des Volkes, der Industriearbeiter und der Studenten aus. Sie war durch Beteuerungen und Beschwörungen, daß nichts „die Einheit erschüttern könne“, nicht mehr aufzuhalten. Der neue Parteisekretär Edward Ochab kritisierte in seinem bekannten Aufsatz in der „Prawda“ am 29. April die parteifeindlichen Bestrebungen und den kleinbürgerlichen Geist der „gesamtnationalen Diskussion“. Dagegen gewährt ihr Ministerpräsident Cyrankiewicz in einem Interview mit der Belgrader Zeitung „Politika“ die notwendige Rückendeckung, und sie wurde fortgesetzt.

Der Posener Arbeiteraufstand vom 29. Juni 1956 wurde zwar nicht unmittelbar durch diese Diskussion, sondern durch die katastrophalen wirtschaftlichen Verhältnisse hervorgerufen. Doch zeigte er, in welcher Breite des Vol-

kes und in welcher Tiefe der Erbitterung die Stimmung erregt war. Nach kurzem innerem Kampf zwischen dem stalinistischen oder, wie man heute im Osten offiziell sagt, konservativen und dem liberalen Flügel in der Parteiführung reagierte diese auf den Aufstand in gemäßigter Weise. Am 2. August 1956 erklärte Cyrankiewicz einem Vertreter von „United Press“: „Die Ereignisse in Polen üben keinen Einfluß auf den im Gang befindlichen Prozeß der Demokratisierung des Lebens in Polen aus, und sie werden auch keinen solchen ausüben. Wir werden weiter bestrebt sein, vor allem in der ganzen Industrie die Demokratie zu entfalten und den Anteil der Arbeiter an der Betriebsleitung zu vergrößern.“ Es sollte sich zeigen, daß diese Absicht ehrlich war.

Sie wurde auch durch den Einspruch der Sowjets nicht erschüttert. Am 21. Juli hielt Bulganin aus Anlaß des polnischen Nationalfeiertages in Warschau seine warnende Rede. Obwohl Ochab einen Tag vorher im Rundfunk bereits erklärt hatte, daß nicht nur Provokateure und Agenten für den Posener Aufstand verantwortlich seien, sondern auch soziale Ursachen, die „für unsere Partei eine Warnung sein müssen“, wiederholte der sowjetische Ministerpräsident von neuem die Phrase von den „wahnsinnigen Plänen der internationalen Reaktion zur Wiedereinführung des Kapitalismus“, denen der Posener Aufstand entsprungen sei. Im Hinblick auf diejenigen Polen, die ihm diese Redensart nicht mehr abnahmen, sprach er dann die Warnung aus, die Sowjetrußland wenige Monate später in Ungarn so fürchterlich verwirklichen sollte: „Wir können die Bestrebungen, die auf eine Schwächung der internationalen Bindungen des sozialistischen Lagers unter der Pflege der sogenannten nationalen Eigenheiten hinzielen, nicht übersehen. Hier handelt es sich um Versuche, die Mächte des volksdemokratischen Staates unter dem Vorwand einer zweifelhaften Erweiterung der Demokratie zu beeinträchtigen . . . Gleichgültig, wie subjektiv gut die Absichten der Urheber solcher Versuche sein mögen, so handeln diese Leute doch gegen die wahren Interessen ihrer Völker und zum Nachteil der großen Sache des Sozialismus und der Demokratie. Aus diesem Grunde besteht die wichtigste Aufgabe der kommunistischen Parteien und der Arbeiterparteien darin, einen grundsatztreuen und kräftigen Kampf für die Reinheit der marxistisch-leninistischen Lehre, für die Überwindung der opportunistischen Schwankungen und für die ideologische und organisatorische Konsolidierung ihrer Reihen zu führen . . . Äußerste politische Wachsamkeit . . . und die Festigung aller Organe der proletarischen Diktatur sind unter diesen Umständen die Pflicht der kommunistischen Parteien und der Arbeiterparteien.“

Trotz der Einschüchterungsversuche und Drohungen Bulganins hielt Polen am neuen Kurs der Demokratisierung fest. Er fand seinen ersten parteioffiziellen Ausdruck auf der 7. Plenarsitzung des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei in den ersten Tagen des Monats August. In seinen Beschlüssen heißt es: „Eine unumgängliche Voraussetzung für die Erschließung der inneren Quellen unserer Volkswirtschaft sind tiefgreifende Wandlungen im bestehenden Verwaltungssystem. Sie gehen in die allgemeine Richtung, die demokratischen Züge unseres Systems zu vertiefen und zu entfalten, die überspannte Zentralisierung in der Planung und Verwaltung zu liquidieren, die Befugnisse der Betriebsräte

auszubauen und die Grundlagen für eine umfassende gesellschaftliche Initiative und Kontrolle der Wirtschaft durch die werkstätigen Massen zu schaffen.“ Die wirtschaftlichen Pläne dieser Plenarversammlung stehen im Dienst eines Primates der Konsumgütererzeugung zur Hebung des Lebensstandards. Sie sehen auch gewisse einschneidende Änderungen der wirtschaftlichen Struktur vor, die mit manchen Dogmen bricht. So wollen sie der einseitigen Begünstigung des Kollektivbauerntums ein Ende setzen und selbst großbäuerliche Wirtschaften nach Maßgabe ihrer Produktivität dulden.

In den politischen Beschlüssen dieser Versammlung werden folgende Ziele erkennbar: Die Befugnisse des Sejm sollen verstärkt und das Wahlrecht durch Auswahlmöglichkeit unter den Kandidaten demokratisiert werden. Die „sozialistische Gesetzlichkeit“ soll gegen diktatorische Willkür der Behörden, der Partei oder der Polizei gesichert werden, die Freiheit der Meinung soll gestärkt werden, die Befugnisse der regionalen Vertretungen (Volksräte) sollen vermehrt werden. Für die „verbündeten politischen Parteien“ mit ihren „eigenen demokratischen und radikalen Traditionen“ fand die Versammlung Worte der Anerkennung.

Es nimmt natürlich nicht wunder, daß die Demokratisierung auf politischem und die Liberalisierung auf wirtschaftlichem Gebiet „sich auf dem Boden der ideologischen und organisatorischen Einheit in den Reihen der Partei entwickeln“ muß. „Meinungsstreit bedeutet nicht, daß die Partei in ihren eigenen Reihen Ansichten duldet, die mit der Ideologie des Marxismus und Leninismus, mit der Generallinie der Partei in Widerspruch stehen . . . Die Bekämpfung der die Sache des Sozialismus schädigenden feindlichen Anschauungen ist absolut notwendig zur Erhaltung der Einheit der Partei, zur Isolierung des Klassenfeindes, zur Festigung der führenden Rollen der Partei.“ Mehr aber als diese Beschlüsse sollte für die zukünftige Entwicklung ein anderes Ereignis von Bedeutung werden.

Wladyslaw Gomulka

Am Sonntag, dem 21. Oktober 1956, wurde Wladyslaw Gomulka zum Ersten Sekretär des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei gewählt und übernahm mit dieser Wahl die politische Führung in Polen. Der 51jährige war von Jugend an Kommunist und in der Gewerkschaftsbewegung tätig. Deshalb befand er sich schon zwischen 1929 und 1933 mehrmals in Haft. 1933 ging er für kurze Zeit in die Sowjetunion, nahm aber bald seine Tätigkeit in Polen wieder auf. 1939 bis 1941 organisierte er den Partisanenkampf im Karpatengebiet, 1942 bis 1944 leitete er die kommunistische Partisanenbewegung in Polen, ohne jedoch von Moskau ausdrücklich damit beauftragt zu sein. 1944 trat er in die provisorische Regierung ein und wurde 1945 erster stellvertretender Ministerpräsident.

Seine nationalkommunistische Einstellung trat 1947 erstmals hervor, als er sich gegen den Beitritt der polnischen Partei zum Kominform erklärte. 1948 trat er dem Ausschluß Titos entgegen und wendete sich gegen die überstürzte Kollektivierung der polnischen Landwirtschaft. Kurz darauf wurde er von Bierut der nationalistischen Rechtsabweichung beschuldigt und mußte sein Amt als Generalsekretär niederlegen. Im Januar 1949 verlor er den Ministerposten, im November 1949, kurz nach Erscheinen Rokossowskis, wurde er auch aus dem Zentralkomitee ausgestoßen und sämtlicher Parteifunktionen ent-

hoben. Er war jedoch allzu populär, als daß man ihm sofort den Prozeß zu machen gewagt hätte. Erst 1951, nachdem es still um ihn geworden war, wurde er verhaftet und verurteilt. Die Haft dauerte bis 1954. Von seiner Rückkehr in die Politik war aber bis zum Beginn dieses Jahres keine Rede.

Es zeugt für das Selbstbewußtsein dieses Mannes, daß er der Partei seine Rehabilitierung nicht leicht machte. Als man ihn in diesem Frühjahr wieder in die Partei aufnehmen wollte, soll er die Entgegennahme des Parteiausweises zunächst abgelehnt und dann von Bedingungen abhängig gemacht haben. Das gleiche wiederholte sich, als die 8. Plenarversammlung des Zentralkomitees am 19. Oktober ihn wieder zum Mitglied ernannte. Er mag die Rede, mit der er am 20. Oktober seine Tätigkeit wieder aufnahm, lange überdacht haben. Sie ist eine vernichtende Abrechnung mit seinen Feinden, die ihn vor sechs Jahren beseitigt hatten: Bierut, Minc und Berman. Gomulka begann:

„Als ich vor sieben Jahren im November vor dem Plenum sprach, dachte ich, dieses werde meine letzte Rede sein. Obwohl seitdem sieben Jahre vergangen sind bzw. acht Jahre seit der Plenarsitzung im August, als sich die Politik der Partei plötzlich änderte, umschließen diese Jahre eine historische Periode. Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß diese Periode unwiderruflich der Vergangenheit angehört. In diesen vergangenen Jahren ist viel Schlimmes geschehen . . .“

Gomulka kritisierte dann zunächst die wirtschaftliche Entwicklung der vergangenen Jahre. Die Arbeitsleistung und Produktion sei selbst in der Schwerindustrie gesunken, auf deren Entwicklung man so stolz sei. Die Investitionskredite seien zum Teil verwirrschaftet worden und könnten nicht zurückgezahlt werden. In der Landwirtschaft hätten die vom Staat so sehr geförderten Kollektivgenossenschaften gegenüber den Einzelbetrieben versagt. Ihr Zustand biete „ein trauriges Bild“. Das Problem des Wohnungsbaues auf dem Lande sei „einfach alarmierend“. „Die Lage auf dem Gebiet der öffentlichen Dienste und der Gesundheitspflege ist nicht viel besser.“

Die werktätige Klasse habe der Parteiführung und Regierung eine schmerzhaft Lektion erteilt: „Genug! So kann es nicht weitergehen!“ Die Posener Arbeiterschaft habe nicht gegen den Sozialismus, sondern gegen die Abweichungen vom Sozialismus demonstriert. Sie habe vom ersten Tage an für den Sozialismus gekämpft und sich ihm mit Enthusiasmus zugewendet. „Der plumpe Versuch, die schmerzhaft Posener Tragödie als das Werk imperialistischer Agenten hinstellen, war wirklich politisch sehr naiv.“ Was das Volk in Wahrheit erregte, sei die Tatsache gewesen, daß man ihm durch das Jonglieren mit Zahlen einen nicht vorhandenen Wohlstand vortäuschte. „Es gibt keine Flucht vor der Wahrheit . . . Ein Land zu regieren bedeutet, daß die werktätige Klasse und die werktätigen Massen ihrer Regierung Vertrauen schenken können. Der Verlust des Vertrauens bedeutet den Verlust der moralischen Grundlagen der Macht.“

„Es ist möglich, ein Land auch unter solchen Bedingungen zu regieren. Aber diese Regierung muß sich dann auf die Bürokratie stützen, auf den Bruch der Gesetze, auf die Gewalt.“ Man müsse deshalb bedeutende Teile im sozialistischen Regierungssystem ändern. Man müsse aber auch dem Volk die Wahrheit sagen: „Wir können uns jetzt keine größeren Lohnerhöhungen leisten, weil der Bogen so gespannt ist, daß er brechen kann.“

„Worauf es in erster Linie jetzt ankommt, das ist, die gegenwärtige Form des Sozialismus zu verbessern.“ Man müsse sehr vorsichtig experimentieren. „In unserem sozialistischen Wirtschaftssystem sollte jede Produktion auf die Grundlage einer wirklich geschäftlichen Buchführung gestellt werden, nicht aber auf die einer fiktiven, wie das bisher so oft der Fall war.“ Dazu ist aber eine stärkere Autonomie der Betriebe notwendig. Von den Kollektivgenossenschaften sollten nur die gesunden erhalten bleiben. Der Beitritt müßte freiwillig sein.

„Auf politischem Gebiet“, sagte Gomulka, „ist ein weites Feld gegeben für eine Konkurrenz zwischen unserer Partei und zwischen allen denen, die eine Stärkung des sozialistischen Systems wollen, des Systems sozialer Gerechtigkeit. Warum sollte nicht, um ein Beispiel zu nennen, die Katholische Fortschrittliche Bewegung mit uns . . . konkurrieren? Es ist eine schlechte Idee, zu behaupten, daß nur Kommunisten den Sozialismus aufbauen können, nur Leute also mit materialistischen sozialistischen Anschauungen.“

„Unter dem System des Persönlichkeitskults konnte die Partei als Ganzes nur im Rahmen der Unterordnung unter den Persönlichkeitskult arbeiten. Wenn jemand versuchte, diese Grenzen zu überschreiten, wurde er von seinen Genossen mit Ausschluß bedroht. Wenn die Angelegenheit eine ganze Partei betraf, wurde sie von den übrigen kommunistischen Parteien ausgeschlossen.“ Der Unterschied zwischen Persönlichkeitskult und Autorität liegt in ihrem Verhältnis zum Volk. „Autorität kann nicht als Orden oder Dekoration an die Brust geheftet werden.“

„Wir werden niemandem erlauben, den Prozeß der Demokratisierung dazu zu benutzen, den Sozialismus zu unterminieren . . . Und wenn es irgend jemanden gibt, der glaubt, daß es in Polen möglich ist, antisowjetische Stimmungen zu nähren, dann befindet er sich in einem schweren Irrtum.“

Die letzten Sätze der Programmrede Gomulkas, die er einen Tag vor seiner Machtübernahme hielt, zeigen deutlich, daß die „zweite Revolution“ in Polen innerhalb der Partei, aber nicht gegen den Kommunismus stattfindet. Unter diesem Gesichtspunkt wird man vor allem auch die Auswirkungen auf das Verhältnis zur Kirche nicht mit übermäßigem Optimismus beurteilen können. Das Regime Gomulkas ist ebenso kommunistisch wie das vorhergehende. Innerhalb der „kollektiven Führerschaft“ kann Gomulka außerdem nicht einfach tun, was er selbst für richtig hält. Die Tatsache, daß der Staatspräsident Zawadzki, ferner Cyrankiewicz und vor allem der frühere Parteisekretär Edward Ochab in führender Stellung verblieben sind, zeigt oder deutet an, daß es auch in Zukunft in den obersten Parteigremien Auseinandersetzungen und vielleicht Machtkämpfe geben kann, wenn auch die Stellung Gomulkas in diesen Gremien durch seine eigenen Anhänger gestützt wird und im Bewußtsein des Volkes zur Zeit unerschütterlich stark zu sein scheint.

Was die Kirche betrifft, stand Gomulka in jenen Zeiten, als er die Macht hatte, den Freiheitsrechten, die sie für sich in Anspruch nimmt, nicht tolerant gegenüber. Allerdings begann die eigentliche Verfolgung erst nach seiner Absetzung. Wenn man also eine Hoffnung aussprechen darf, dann besteht sie darin, daß das Verhältnis zwischen Partei und Kirche in Zusammenarbeit zwischen dem Kardinal und dem Parteichef jene Gestalt wiedergewin-

nen wird, die es vor 1948 hatte. Damals gab es noch eine ziemlich weitgehende Freiheit für die kirchliche Verkündigung durch Predigt, Unterricht und Presse; die kirchliche Liebestätigkeit war nicht beschränkt, das Organisations- und Ordensleben weithin frei. Dieses dürften wohl auch die Ziele sein, die die Kirche zunächst anstrebt. Voraussetzung für dieses alles ist aber, daß Gomulka an der Macht bleibt und dem polnischen Kommunismus wirklich eigenständige Züge geben kann, was nicht nur eine Frage der Selbstbehauptung gegenüber den Sowjets, sondern auch der weiteren inneren Auseinandersetzung in Polen sein wird, wobei sich sehr leicht das eine mit dem anderen verwickeln kann, wie das Beispiel Ungarns und die Existenz einer sowjetischen Gruppe in der polnischen Führung beweisen. Diese Gruppe trägt nach ihrem Versammlungsort den Namen „Natolin-Guppe“. Ihren zukünftigen Reaktionen wird man besondere Aufmerksamkeit schenken müssen.

Die politischen Ereignisse

Die Rückkehr Gomulkas in die Führung vollzog sich in der Woche vom 15. bis zum 21. Oktober unter den dramatischsten Umständen. Am 15. Oktober beschloß das Politbüro des Zentralkomitees in einer Sitzung, an der Gomulka teilnahm, seinen Wiedereintritt in die Führung. Diese Sitzung bildete den Abschluß monatelanger Verhandlungen, bei denen Gomulka vor allem personelle Forderungen hinsichtlich seiner zukünftigen Mitarbeiter gestellt zu haben scheint. Auf dieser Sitzung wurde ihm unter anderem die Abberufung seines Feindes und einstigen Anklägers Minc aus der Regierung bewilligt. Und damit wohl auch die Annahme der wesentlichen Punkte seines wirtschaftlichen Programms. Offensichtlich wußte die Parteileitung keinen Weg mehr, der wachsenden Unruhe des Volkes zu begegnen, als die schleunige Rückberufung Gomulkas. Spätestens zu diesem Zeitpunkt hat auch der Parteisekretär Ochab, der Vertrauensmann Chruschtschews, seinen Widerstand gegen Gomulka aufgegeben. An dieser Sitzung nahm selbstverständlich auch Marschall Rokossowski teil. Er dürfte es gewesen sein, der, zusammen mit den Leuten der Natolin-Gruppe, den Kreml alarmierte. Während der Woche mehrten sich im Lande die Demonstrationen und Kundgebungen. Zugleich sickerten Gerüchte durch, daß die russischen Truppen in Polen, besonders in den deutschen Gebieten, alarmiert würden. Am 17. schrieb Boleslaw Piasecki, der Leiter der Pax-Bewegung, in der Zeitung „*Slowo Powszechne*“ einen Aufsatz, der die Gefahr einer sowjetischen Intervention und Militärregierung voraussagte für den Fall, daß es nicht gelinge, der Diskussion und Demokratisierung Grenzen zu setzen. Dennoch hielt die Parteiführung an dem eingeschlagenen Wege fest. Am Freitag, dem 19. Oktober, begann die 8. Sitzung des Zentralkomitees. Radio Warschau meldete: „Die Kräfte der Vergangenheit haben noch nicht kapituliert... Aber der Rubikon ist überschritten, und nichts wird große Änderungen in der historischen Entwicklung Polens aufhalten können. In Polen herrscht Frühling im Oktober...“

In die Sitzung des Zentralkomitees platzte die Nachricht hinein, daß Chruschtschew, begleitet von Molotow und seinem Marschall Konjew, auf dem Wege nach Warschau sei. Was sich bei diesem Besuch zwischen den feindlichen Brüdern wirklich abgespielt hat, ist bisher nicht bekannt geworden. Es wird behauptet, daß die Russen den Polen

vor allem damit gedroht haben, daß sie ihre Haltung in der Frage der deutschen Ostgebiete unter Umständen ändern würden. Im übrigen fanden die Verhandlungen statt, während die russischen Truppen sich tatsächlich gegen Warschau in Bewegung setzten. Die „*Prawda*“ schlug in einem Aufsatz am 20. Oktober scharfe Töne an: „Daß jetzt ein Verleumdungsfeldzug in der Presse eines volksdemokratischen Landes geführt wird, das mit der Sowjetunion mit einem Bündnis- und Freundschaftsvertrag verbunden ist, erbittert das sowjetische Volk. Alarmierend ist auch der Umstand, daß diese Kampagne vor allem und hauptsächlich auf die Untergrabung des Sozialismus in Polen selbst gerichtet ist.“

Die Warschauer Aussprache endete damit, daß die Russen vorläufig nachgaben. Rokossowski erteilte den Truppen Rückmarschbefehle und nahm es hin, daß ihm in Marian Spychalski ein enger Vertrauensmann Gomulkas als Stellvertreter an die Seite gestellt wurde. Programmgemäß wählte das Zentralkomitee am 21. Oktober Gomulka zunächst zum Mitglied des Politbüros und dann zum Ersten Sekretär der Partei.

Diese Nachricht verwandelte die ängstliche Sorge der Bevölkerung mit einem Schlage in eine wahre Festtagsstimmung. Man war sich darüber klar, daß das Schicksal des Landes an einem seidenen Faden gehangen hatte. Die Bevölkerung hat die Situation durch die erstaunliche Disziplin gemeistert, die sie bewies. Sie ließ sich nicht provozieren. Abgesehen von kleinen Zwischenfällen, z. B. vor der russischen Botschaft in Warschau und in einigen Städten der deutschen Gebiete, gab es keine Demonstrationen des Volkes, aus denen, im Gegensatz zu Budapest, ein Aufstand losgebrochen wäre, der die Russen zum Eingreifen hätte veranlassen können. Die Parteiführung ihrerseits bewies gegenüber den russischen Verhandlungspartnern ebensoviel politische Klugheit wie Härte in der Vertretung des eigenen Standpunktes. „Woher nehmen Sie so viel Klugheit, meine Herren?“, so fragte ein deutscher Journalist in Warschau. Er erhielt die Antwort: „Aus den Erfahrungen!“ Am Montag früh war die Spannung gelöst. Am Montag fanden auch die ersten Fackelzüge statt. Am Mittwoch hielt Gomulka auf einer der größten Kundgebungen, die je in Warschau stattfanden, vor etwa 300 000 Menschen seine bekannt gewordene große politische Rede.

In ihrem ersten Teil wiederholte er kurz die Gedanken aus seiner Programmrede vor dem Zentralkomitee. Im zweiten Teil wandte er sich direkt an das Volk:

„Die gegenseitigen Beziehungen zwischen den Parteien und Staaten, die zum sozialistischen Lager gehören, das durch eine Gemeinschaft der Ziele und Interessen geeint ist, sollten zu keinem Mißverständnis Anlaß geben. Diese Beziehungen sollen auf den Grundsätzen der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse, auf gegenseitigem Vertrauen und voller Gleichheit der Rechte, auf der Gewährung gegenseitiger Hilfe, auf wechselseitiger und freundschaftlicher Kritik und auf dem Streben nach einer Lösung aller gegenwärtigen Probleme im Geist der Freundschaft und des Sozialismus beruhen. In ihrem Rahmen soll jedes Land volle Souveränität und Unabhängigkeit besitzen und soll das Recht jeder Nation auf eine souveräne Regierung in einem unabhängigen Lande voll und gegenseitig geachtet werden.“

„Das Rückgrat einer solchen Allianz ist die Sowjetunion... Wir sind zutiefst überzeugt, daß die Freundschaft zwischen Polen und der Sowjetunion, die auf sol-

chen leninistischen Grundsätzen beruht, eine wahrhaft brüderliche Freundschaft sein wird.“ Gomulka begründete dann, daß die Anwesenheit sowjetischer Truppen in Polen im Hinblick auf Deutschland, wie er sagte, „unserer höchsten Staatsräson entspricht“. Und daß man deshalb allen antisowjetischen Umtrieben Widerstand leisten müsse.

Das Wort von der „höchsten Staatsräson“ ist seit diesem Tage in Polen überaus volkstümlich geworden. Möglicherweise liegt in dieser Formel der Grund dafür, daß Polen vor dem Schicksal Ungarns bewahrt bleibt. „Die Erfahrungen“, die Polen in seinen vier Teilungen und in zahllosen vergeblichen Aufständen gegen seine Beherrscher gesammelt hat, mußten Regierung und Volk dazu veranlassen, außen- und militärpolitisch weiterhin fest an der Seite der Sowjetunion zu bleiben, auch wenn viele polnische Herzen im stillen dagegen rebellieren. In der Frage seiner Westgrenzen ist das ganze Volk sich einig. Jedermann weiß auch, daß sie nur mit Hilfe der Sowjetunion gesichert werden können. Auch wirtschaftlich ist Polen, wenigstens auf längere Zeit hin, ganz und gar auf Rußland angewiesen. Seine politische Lage ist von der ungarischen oder jugoslawischen so verschieden, daß es einen Titoismus, der zwischen Ost und West hin und her pendelt, in Polen nicht geben wird. Die Einsicht in diese Zusammenhänge und die Gewißheit, auf den polnischen Verbündeten rechnen zu können, hat Rußland davon abgehalten, dem inneren Umschwung in Polen seine Gewalt entgegensetzen.

Der neue Kurs

Gomulka hat sich in den ersten Wochen nach der Machtübernahme im Inneren durchgesetzt. Die deutlichsten Zeichen dafür sind die Entlassung Rokossowskis aus polnischen Diensten, die Umbildung der Regierung, die Emigration des erbitterten Stalinisten Franciszek Mazur nach Moskau, die Ersetzung fast aller Parteisekretäre im Land durch Anhänger Gomulkas, die Übernahme des militärischen Oberkommandos durch seinen Freund Spychalski, die mit der Entlassung zahlreicher sowjetischer Offiziere verbunden war, und der Beginn einer Reform der Staatsverwaltung. Allerdings hat die Natolin-Gruppe ihren Widerstand noch nicht aufgegeben. Ihr erster Versuch am 9. 11., Gomulka Fußangeln zu legen, endete mit einem Mißerfolg.

Das polnische Volk steht in diesem Augenblick wohl geschlossen hinter seinem neuen Führer, und zwar auch die nichtkommunistischen Kreise. Alle sind überzeugt davon, daß Gomulka es ehrlich meint und daß die Demokratisierung nur allmählich vor sich gehen kann. Auch darin sind alle einig, daß es zunächst darauf ankommt, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu meistern, die sich teils aus der Mißwirtschaft der Vergangenheit, teils aus den gegenwärtigen Erschwerungen des Außenhandels ergeben.

Die Partei hat ein Programm bekanntgegeben, das folgende Hauptpunkte enthält:

1. Freie und geheime Wahlen der Parteigremien und Funktionäre.
2. Verbesserung der Lebensbedingungen durch Einschränkung der Investitionen und Umstellung auf Konsumgüter.
3. Beteiligung der Arbeiter an der Tätigkeit der Behörden und der Verwaltung der Unternehmen. Größere Selbstverwaltung der Bauern. Stärkung der Volksräte.

4. Überwindung falscher bürgerlicher Tendenzen. Ausschaltung aller „reaktionären (bürgerlichen) und konservativen (stalinistischen) Tendenzen“.

5. Zusammenarbeit aller Parteien.

6. Freie Meinungsäußerung unter den Parteimitgliedern.

7. Beseitigung aller Diskriminierungen.

8. Pflege der Gemeinsamkeit der sozialistischen Länder bei Unabhängigkeit ihrer Regierungssysteme.

In seinen Erläuterungen verspricht dieses Programm dem Volk zwar nicht die ersehnte Verbesserung seiner Lebensbedingungen im Augenblick. Aber es scheint Gomulka gelungen zu sein, die breiten Massen davon zu überzeugen, daß sein Programm das erste ist, das auf Wahrheit beruht und auf die Dauer die Lage umgestalten wird.

Ob diese Hoffnung in Erfüllung geht, das wird entscheidend davon abhängen, wie sich das Verhältnis zur Sowjetunion entwickelt. Gegenüber der Frage nach dem Verhalten Rußlands sind selbst die wirtschaftlichen und mehr noch die innenpolitischen Probleme zweitrangig. So fielen die wiederholten Mahnungen Gomulkas zu innerer Ruhe und Einigkeit, denen sich ja auch Kardinal Wyszyński angeschlossen hat, auf fruchtbaren Boden. Das Volk verharrt in bewundernswerter Disziplin.

Das zeigt sich besonders in den polnischen Reaktionen auf die Ereignisse in Ungarn. Es ist gar keine Frage, daß wohl fast das ganze polnische Volk mit seinem Herzen auf Seiten der Ungarn ist. Vom ersten Tage an häuften sich trotz der eigenen Not die Spenden für die ungarische Bevölkerung: „Wir Polen haben wieder ein Vaterland. Deshalb helfen wir denen, die noch darum kämpfen.“ Die Arbeiter des ZISPO-Werkes in Posen, von dem der Aufstand des 29. Juni ausging, haben zugunsten der Ungarnhilfe auf den Prämienfonds eines Vierteljahres verzichtet. Die Krakauer Studenten haben durch einen Schweigemarsch mit der ungarischen Fahne ihrer Sympathie Ausdruck gegeben. Die Teilnehmer eines Plenums der Parteiorganisation der schlesischen Wojwodschaft stellten sich während ihrer Tagung geschlossen als Blutspender zur Verfügung.

Auch das Zentralkomitee der Partei drückte dem ungarischen Volk seine glühende Anteilnahme aus und mißbilligte die sowjetische Einmischung, zugleich aber schiebt es die ganze Schuld für die Entwicklung in Ungarn „reaktionären Elementen“ in die Schuhe. „Die Kräfte der Reaktion, welche Ungarn in die Katastrophe treiben, finden in Polen entschieden Verurteilung.“ Deshalb müsse das polnische Volk seine Ruhe bewahren. Es dürfe nicht auf jene Elemente hören, die provokatorische Lösungen gegen das polnisch-sowjetische Bündnis verbreiten, und müsse unvernünftigen Äußerungen im Namen der Unabhängigkeit des Landes entgegenreten. In Übereinstimmung mit dieser Auffassung stand der polnische Delegierte bei den Vereinten Nationen in der ungarischen Frage starr an der Seite Sowjetrußlands. Dieses Verhalten darf als symptomatisch für die polnische Außenpolitik der Zukunft betrachtet werden. Polnische Zeitungen haben in den letzten Wochen wiederholt Vergleiche zwischen ihrem Land und Jugoslawien gezogen. Die Bilanz lautet immer: bei uns in Polen ist die Demokratisierung der inneren Verhältnisse viel weiter fortgeschritten als in Jugoslawien. Dagegen halten wir viel fester und treuer am Bündnis mit der Sowjetunion fest. Und was sie am allerfestesten an Rußland bindet, ist das Verhältnis zu Deutschland. Man darf nicht vergessen,

daß es Gomulka war, der die für unsere Landsleute so überaus grausame Polonisierung der deutschen Ostgebiete durchgeführt hat. In einer Versammlung vor 2000 Parteiaktivisten aus dem ganzen Land sagte er: „Man darf nicht Politik auf einige Tage treiben, man muß sie treiben auf lange historische Sicht. Wenn wir Realisten sind, müssen wir vom faktischen Sachverhalt ausgehen. Die Ereignisse in Ungarn haben keinesfalls Einfluß auf unsere Absichten und auf die Fragen, die zwischen uns und der Sowjetunion auf der Grundlage der Souveränität und Gleichberechtigung noch zu lösen bleiben.“ Die Konsolidierung der Freundschaft mit der Sowjetunion gehöre zu den wichtigsten Aufgaben der polnischen Politik, und die internationale Stellung Polens hänge davon ab, wie die ganze Nation sich diesem Gebot der Stunde unterordnet. Und von Kardinal Wyszyński wird das Wort berichtet: „Wir können nicht alle zehn Jahre von neuem Warschau aufbauen.“ Das einzige Ministerium und der einzige Bereich der Politik, an denen nach dem Umschwung kein Wort der Kritik geübt wurde, waren das Außenministerium und die polnische Außenpolitik.

Die religiöse Frage

Wenn der eben zitierte Vergleich zwischen Polen und Jugoslawien zutrifft und Gomulka sein Vorhaben, eine realistische Politik zu treiben, auf alle Bereiche der Innenpolitik anwenden sollte, dann könnte es dahin kommen, daß die katholische Kirche in Polen sich bald einer größeren Freiheit erfreut, als es in Jugoslawien der Fall ist. Denn zu den Voraussetzungen eines realistischen Vergleichs mit Jugoslawien müßte für die neue Führung Polens ja auch die Erkenntnis gehören, daß Polen, anders als Jugoslawien, ein vollständig katholisches Land und daß sein Volk, vor allem sein bäuerliches Volk, der katholischen Religion treu ergeben ist. Das hat sich erst Ende August in der überwältigenden Teilnahme an den Feierlichkeiten vor dem Bild der Muttergottes von Jasna Gora in Tschenstochau von neuem erwiesen. Und viele Berichte aus Polen stimmen darin überein, daß das religiöse Leben in den letzten Monaten der Entscheidung noch immer lebendiger geworden ist.

Von wachsendem Interesse für uns ist die Frage, ob die sogenannten „Fortschrittlichen Katholiken“, die bisher in der Pax-Gruppe unter Führung von Boleslaw Piasecki zusammengefaßt waren, in Zukunft weiterbestehen oder gar eine Rolle bei der Neuordnung des Verhältnisses von Staat und Kirche spielen werden. Gomulka hat ihnen in seiner oben zitierten Rede seine Sympathien ausgesprochen. Kardinal Wyszyński hat unter den Delegationen auch eine Gruppe dieser Progressisten empfangen. Andererseits hat während der kritischen Oktobertage ihr Führer, Piasecki, sich in den Augen der ganzen Nation kompromittiert.

In der Pax-Gruppe vereinigten sich vor dem Umschwung zwei verschiedene Geister. Die einen unter den Mitgliedern sahen in dem Bestehen einer solchen Gruppe wohl wirklich nichts anderes als das Wagnis einer Politik, die das Ziel verfolgte, eine gewisse Tuchfühlung mit den staatlichen Machthabern aufrechtzuerhalten, um dadurch in Einzelfällen vermittelnd wirken und der Kirche bis zum Anbruch besserer Tage nützen zu können. Die anderen dagegen, die bis dahin in der Pax-Organisation die führende Rolle spielten, vertraten in allem Ernst die These: Man könne bei allen weltanschaulichen Unterschieden auf sozialem und politischem Gebiet die Prin-

zipien des Kommunismus annehmen und mit ihm praktisch zusammenarbeiten. Diese These hat, wie sich jetzt bestätigt, niemals Widerhall in breiteren katholischen Kreisen gefunden. Sie wurde vom überwiegenden Teil des Klerus und der Intelligenz als das durchschaut, was sie ist: eine intellektuelle Spitzfindigkeit. Wegen dieser These hat Rom diese Bewegung verurteilt und der polnische Episkopat sich immer von ihr distanziert. Trotzdem mögen von Fall zu Fall Kontakte zwischen der Hierarchie und den Progressisten stattgefunden haben, zumal einige prominente Persönlichkeiten, wie die vom Staat eingesetzten Diözesanverwalter und einige Professoren der Theologie, in ihrem Kreise eine bedeutende Rolle spielten.

Nachdem sich bereits Anfang November 20 junge Intellektuelle, die der Pax-Gruppe nahestanden, von Piasecki in einer öffentlichen Erklärung distanziert hatten, was zum Ausschluß Piaseckis aus dem polnischen Schriftstellerverband führte, hat am 13. November das Präsidiumsmitglied der Pax-Gruppe, der Sejmabgeordnete Jan Frankowski, seinen Rücktritt von sämtlichen Funktionen innerhalb der „Progressiven Katholiken“ bekanntgegeben. Eine weitere Meldung („Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 15. 11.) berichtet, daß auch die Grafen Lubinski und Horodynski, beide Parlamentsmitglieder und leitende Persönlichkeiten der Pax-Gruppe, aus dieser ausgetreten seien, obgleich Dominik Horodynski zusammen mit dem Literaturkritiker der Pax-Gruppe, Lidniak, wenige Tage zuvor von Jan Kott in der Wochenzeitung „Przegląd Kulturalny“ aufs schärfste angegriffen und als Stalinisten angeprangert wurden. Man kann jetzt schon sagen, daß die Pax-Gruppe in ihrer bisherigen Zusammensetzung zerschlagen ist.

Unklar bleibt indessen zunächst das Schicksal der bislang ausschließlich in Händen der Pax-Gruppe befindlichen katholischen Presse. Wahrscheinlich wird ihr Schicksal zu den Gegenständen der Verhandlungen der gemischten Kommission gehören. Der progressistische Pax-Verlag hat bisher eine Tageszeitung („*Slowo Powszechne*“, Auflage 100 000), eine Wochenzeitung („*Kierunki*“, Auflage 50 000), eine Zweimonatsschrift („*Zycie i Myśl*“, Auflage 5000), fünf Kirchenblätter und eine Kleruszeitschrift („*Kuznica Kaplanska*“) herausgegeben. Die Buchproduktion seit 1949 beträgt 1½ Millionen Stück. 1956 erschienen fast 100 Titel, darunter zahlreiche Bücher ausländischer Autoren. Der Pax-Verlag hat also, weil er allein dazu in der Lage war, die Katholiken Polens einigermaßen mit Lektüre versorgt, wenn auch in die Zeitungen manche „fortschrittliche“ Gedankengänge einfließen. Diese Produktion wird der konkrete Gegenstand der Verhandlungen sein müssen, wenn Kirche und Staat nunmehr über die Freiheit der katholischen Presse sprechen. Auch die Caritas befindet sich in den Händen der Progressisten und ist organisatorisch von der Hierarchie losgelöst. Ebenso leiten die „Fortschrittlichen Katholiken“ die größte der zwölf in Polen noch bestehenden privaten katholischen Schulen und haben, soweit wir unterrichtet sind, starken Einfluß auf die katholische Universität Lublin, die theologische Hochschule in Bielany bei Warschau sowie auf das eine und andere der Priesterseminare. So darf man in der zukünftigen Gestaltung und Haltung dieser Organisation vielleicht ein Symptom dafür erblicken, in welcher Richtung die Beziehungen zwischen Staat und Kirche sich einspielen werden.